

DIGITALE ANLAGEBERATUNG

Das wahre Asset sind Sie!

Experten sagen seit Jahren den Aufstieg des selbstgesteuerten Investierens und der rein digitalen Anlageberatung voraus. Was Entwickler von Wealth-Tech-Lösungen dabei allerdings vergessen: Der persönliche Kontakt zum Wealth Manager lässt sich nicht einfach ersetzen – und das ist auch gut so.

MASSIMO FERRARI

Nur «digital» reicht jungen Anlegern nicht. Sie wollen es vor allem einfach und unkompliziert. Anleger der Generationen Y und Z machen einen zunehmend grossen Teil der Wealth-Management-Zielgruppe aus. Diese Digital Natives können ihr Smartphone im Schlaf bedienen. Doch trotz dieses demografischen Wandels nimmt die Bedeutung der rein digitalen Anlageberatung neusten Daten zufolge ab.

Warum aber stellt gerade Ihre Expertise und Ihre Fachkompetenz für die jungen Generationen nach wie vor einen unschätzbaren Vorteil dar? – Aus demselben Grund, aus dem sie Apps und ständige Verfügbarkeit lieben: Weil ihr Leben dadurch leichter wird. Darum muss Wealth-Tech einen Perspektivenwechsel vollziehen. Im Blickpunkt bleibt: Zeitersparnis für die Kunden und ein vereinfachter Service.

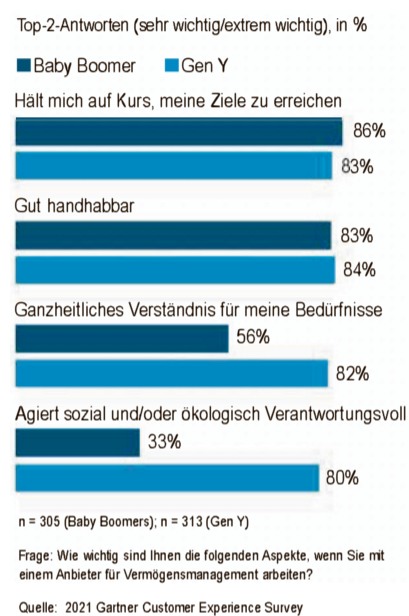
Zum einen, indem Ihre Arbeit sich intuitiver gestaltet. Sie erhalten Zugriff auf anlageübergreifende Marktdaten, News und

Updates, Chartanalyse-Tools, technische Analysen, Portfoliobestände, Compliance, Rechnungsstellung und mehr – alles aus einer Quelle. Zum anderen, indem Anleger Zugang zu umfangreichen Insights erhalten. Und zwar über eine Schnittstelle, die so einfach zu nutzen ist wie eine App. Die Portfolios, Assets und relevante Marktdaten auf einen Blick bietet.

Was zählt, ist Ihr Workflow, nicht irgendein Ökosystem

Was nützen Ihnen die besten Marktdaten der Welt, wenn Sie nicht gleichzeitig die wesentlichen Kundendaten im Blick haben? Was nützt die fortschrittlichste Backoffice-Technologie, wenn diese sich nicht in die bestehenden Prozesse integrieren lässt? Damit das Wissen und die Kompetenz von Wealth Managern aber so richtig zum Tragen kommen kann, müssen die Technologiepartner hinter den Kulissen flexibler werden.

Statt zu erwarten, dass Sie Ihr Leben und Ihre Arbeit um Wealth-Tech-Lösungen

TREIBENDE KRAFT FÜR VM NACH GENERATION

herum organisieren, sollten die Anbieter Ihren bestehenden Workflow respektieren und unterstützen. Ganz egal, welche Systeme Sie aktuell nutzen und welche Innovationen Sie in Zukunft einführen wollen.

«Die jungen Generationen benötigen Ihre Expertise und Ihre Kompetenz aus demselben Grund, aus dem sie Apps und ständige Verfügbarkeit lieben: Weil ihr Leben dadurch leichter wird.»

Open APIs sind hier der Schlüssel. Wir brauchen einen gemeinsamen Weg, Informationen zu Vermögenswerten über verschiedene Finanzinstitute hinweg zugänglich zu machen. Als Vorstandsmit-

glied von Open Wealth habe ich erlebt, dass engagierte Anbieter bereits massive Fortschritte in diesem Bereich erzielen konnten. Gemeinsam haben wir uns dafür eingesetzt, APIs zu Portfoliodaten, Kundendaten und Trading zu vereinheitlichen. Unser langfristiges Ziel ist es, das gesamte Ökosystem abzudecken.

Sind Sie bereit, sich selbst an erster Stelle zu setzen?

Falls Sie Interesse an weitergehender Unterstützung bei den Entwicklungen haben, die ich in diesem Artikel ausgeführt habe: Wir setzen alles daran, Ihnen genau das zu bieten.

Erfahren Sie mehr darüber, welche Vision wir von Infront im Hinblick auf die Vereinfachung des Wealth Management haben – scannen Sie dazu einfach den untenstehenden QR-Code.

Massimo Ferrari, MD Infront Financial Technology AG, CEO der Assetmax AG

**OECD-MINDESTBESTEUERUNG**

Der richtige Weg

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die umstrittene OECD-Mindestbesteuerung ab. Warum sich eine Annahme der Vorlage für Bund, Kantone und Gemeinden lohnt – und warum die Kritik der Gegner sachlich falsch ist.

DANIELA SCHNEEBERGER

Grosse, internationale Unternehmen unterliegen künftig einer Mindestbesteuerung von 15%. Darauf haben sich rund 140 Staaten in einem weltweiten Projekt der OECD/G20 geeinigt. Die Schweiz ist Teil dieser globalen Lösung, die einen Kompromiss darstellt. Bundesrat, Parlament und die Kantone haben sich dieser Frage gestellt und sind der Meinung, dass dieser Weg gangbar ist und die Nachteile verkraftbar sind. Mit der Reform bezahlen die betroffenen Unternehmen ihre zusätzlichen Steuern in der Schweiz, im Gegenzug werden die Firmen

vor Zusatzbesteuerung und Steuerverfahren im Ausland geschützt. Am 18. Juni 2023 entscheidet das Volk.

Das schweizerische Umsetzungsprojekt ist gleichzeitig gut und schlecht. Es ist eine Vernunftlösung. Die Schweiz hat die Mindestbesteuerung nicht gesucht, und ob damit – wie von G20 und OECD erhofft – mehr Steuerfairness für alle erreicht wird, ist längst nicht sicher. Die Mechanismen der Mindeststeuer sind so, dass Steuereinnahmen gesichert sind. Wenn die Schweiz von ihren grossen Firmen mindestens 15% Gewinnsteuer nach den Vorgaben der OECD verlangt, dann bleiben die Steuereinnahmen in der Schweiz, andere Staaten erhalten kein Besteuerungsrecht. Das ist genau der Grund, warum es ganz klar im Eigeninteresse der Schweiz ist, die Mindeststeuer umzusetzen. Alle anderen Lösungen würden Steuersubstrat vernichten.

Alle Kantone profitieren von den Mehreinnahmen

Kritiker behaupten, die Mindestbesteuerung, wie sie vom Parlament beschlossen wurde, sei ungerecht. Sie behaupten, dass einige wenige reiche Kantone profitierten. Der Rest der Kantone und die Bevölkerung gehe leer aus. Aber die Kritik ist sachlich falsch: Die Einnahmen aus der Mindeststeuer werden von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden geteilt. 25% stehen dem Bund zu. 75% bleiben in den Kantonen, die wiederum ihre Städte und Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Die Kritik ist auch deshalb verkehrt, weil der Nationale Finanzausgleich NFA ausgeblendet wird. Die Zusatzeinnahmen der Kantone werden im NFA nämlich berücksichtigt. Als Folge werden finanzstarke Kantone und der

Bund mehr Mittel in das Ausgleichssystem einzahlen, finanzschwächere Kantone erhalten zusätzliches Geld. So stellt der NFA sicher, dass alle Kantone fair von den Mehreinnahmen profitieren. Die Mindestbesteuerung führt also nicht zu Ungerechtigkeit.

Von linker Seite kommen auch sachlich falsche Argumente. So unterstellt die SP Schweiz, die eine Höherbesteuerung von Grosskonzernen stets gefordert hat, dass der Bund nach einem Nein am 18. Juni die exakt gleiche Vorlage noch einmal vors Volk bringen werde, diesmal mit einem höheren Bundesanteil. Demokratie – wie staatspolitisch wäre das höchst fragwürdig, schliesslich kennt niemand mit Sicherheit die Beweggründe der Stimmentenden. Auch ist eine solche Unterstellung gegenüber dem Bundesrat fragwürdig – solche taktischen Winkelzüge zu unterstellen, ist eigentlich ein Eingeständnis, dass Sachargumente fehlen. Wer solches behauptet wie die SP, entlarvt sich selbst.

Fakt ist: Der Kompromiss, wie er nun vorliegt, beruht auf einer hart erarbeiteten Einigung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden und wurde nach intensiven Beratungen von den Eidgenössischen

DANIELA SCHNEEBERGER

Daniela Schneeberger, FDP-Nationalrätin und Präsidentin von Treuhand Suisse

Räten so beschlossen. Ein höherer Bundesanteil ginge eindeutig zulasten von Kantonen, Städten und Gemeinden. Die Vorstellung, das würde von der Bevölkerung einfach akzeptiert, ist an politischer Naivität kaum zu überbieten. So könnten die Kantone durchaus auch eigene Steuererhöhungen umsetzen, mit Erträgen, die selbstverständlich vollständig im Kanton blieben. Der Bund ginge leer aus. Realpolitisch würde eine Neuaufgabe vielmehr erneut langwierige innenpolitische Verhandlungen erfordern. Dies während die Umsetzungspläne in vielen Ländern und insbesondere den EU-Staaten rapide voranschreiten. Letztere werden die Mindeststeuer ab 2024 umsetzen. Die Schweiz würde damit Milliarden an Steuereinnahmen ans Ausland verschenken.

Das Umverteilungssystem würde nicht greifen

Einige Organisationen, welche die Interessen von Entwicklungsländern vertreten, fordern tatsächlich genau das. So soll dank einem Nein an der Urne eine grosse Umverteilung von Nord nach Süd stattfinden. Doch die Idee, dass ein Verzicht der Schweiz auf die Mindestbesteuerung zu einer Verbesserung in armen Ländern führen würde, ist zynisch gegenüber der Schweiz. Ausserdem würde dieses Umverteilungssystem auch nicht greifen, denn ganz offensichtlich würde der Grossteil der Steuermilliarden, die der Schweiz entgingen, von grossen Industriestaaten mit hohen Steuersätzen wie Deutschland, Frankreich und Italien abgeschöpft.

Man kann die globalisierte Wirtschaft kritisieren, wenn man bessere Ideen für die Ordnung und das Funktionieren der Wirtschaft auf weltweiter Basis hat. Dafür aber die Mindestbesteuerung in der

Schweiz abzulehnen, dazu gibt es nicht den geringsten Grund, ausser man will der Schweiz bewusst schaden.

Von der Verwendung der Zusatzeinnahmen würden nur Firmen und Reiche profitieren, so das unsachlichste Argument der Kritiker. Fakt ist, dass sich die Schweiz – auch dank einer attraktiven Steuerpolitik – in den letzten dreissig Jahren zu einem der weltbesten Wirtschaftsstandorte entwickelt hat, mit einer Schere zwischen Arm und Reich, die sich nicht öffnet, sondern schliesst. Die Löhne sind rekordhoch, die Steuerzahlungen der

Unternehmen sind stark angestiegen und haben das stetige Wachstum der staatlichen Leistungen etwa im Sozial- und Bildungswesen und dem Service Public massgeblich finanziert. Es ist die Schweizer Bevölkerung, die davon profitiert, dass die Rahmenbedingungen für die Firmen in der Schweiz gut sind. Und diesen Standorterfolg gilt es deshalb unbedingt zu wahren. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer bringt Bund und Kantonen Mittel ein, um die Standortattraktivität der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen.

Der Kanton Basel-Stadt prüft etwa Massnahmen – nach Vorbild anderer Staaten – zur Förderung der Innovation. Aber auch ökologische und andere gesellschaftliche Ziele können mit dem Geld gefördert werden. So sollen etwa die Kinderbetreuung und Krankenkassenprämien grosszügiger verbilligt werden. Ein ausgewogenes Paket, wie es in unseren demokratischen Systemen nicht anders denkbar ist und auch in allen anderen Kantonen die Norm sein wird. Klar ist eins, nur ein Ja am 18. Juni garantiert, dass die Steuermilliarden aus der Mindestbesteuerung in der Schweiz bleiben. Davon profitieren alle.